

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksache 19/2630 –

Entwurf eines Gesetzes zum Erlass und zur Änderung bundesrechtlicher Vorschriften in Bezug auf die Übernahme der Aufgaben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht durch das Bundesarchiv

A. Problem

Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Deutsche Dienststelle (WASSt)) wird seit 1951 als Behörde des Landes Berlin geführt, obwohl sie Bundesaufgaben wahrnimmt. Die Aufwendungen des Landes Berlin erstattet der Bund. Diese Situation soll mit dem Gesetzentwurf bereinigt werden.

B. Lösung

Die Deutsche Dienststelle (WASSt) geht in die Zuständigkeit des Bundes über und wird dem Bundesarchiv zugeordnet. Der dazu mit dem Land Berlin geschlossene Staatsvertrag wird ratifiziert und das Bundesarchivgesetz angepasst. Auch die notwendigen Folgeänderungen in diversen anderen Gesetzen (z. B. Personenstandsgesetz, Gräbergesetz) werden vorgenommen.

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/2630 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 27. Juni 2018

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Ansgar Heveling
Berichterstatter

Marianne Schieder
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Brigitte Freihold
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ansgar Heveling, Marianne Schieder, Dr. Marc Jongen, Thomas Hacker, Brigitte Freihold und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf **Drucksache 19/2630** in seiner 39. Sitzung am 14. Juni 2018 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Deutsche Dienststelle (WASSt)) ist die Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Wehrmachtsauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene (WASSt). Seit 1951 wird sie als Behörde des Landes Berlin geführt, obwohl sie Bundesaufgaben wahrnimmt. Die Aufwendungen des Landes Berlin erstattet der Bund. Diese Situation soll mit dem Gesetzentwurf bereinigt werden.

Ein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin geschlossener Staatsvertrag soll ratifiziert werden. Da vorgesehen ist, dass das Bundesarchiv die Deutsche Dienststelle (WASSt) in seinen Zuständigkeitsbereich übernimmt, wird das Bundesarchivgesetz angepasst. Folgeänderungen ergeben sich darüber hinaus unter anderem im Personenstandsgesetz und im Gräbergesetz.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 14. Sitzung am 27. Juni 2018 einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs.

Der **Verteidigungsausschuss** empfahl in seiner 12. Sitzung am 27. Juni 2018 die Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** beriet den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/2630 in seiner 10. Sitzung am 27. Juni 2018 und empfahl einstimmig dessen Annahme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstrich, mit dem Gesetzentwurf werde lediglich eine Kuriosität abgewickelt, die aus dem Viermächtestatus für Berlin herrühre. Die Deutsche Dienststelle (WASSt), die eine wichtige Funktion bei der Benachrichtigung der Angehörigen gefallener Wehrmachtssoldaten erfülle, habe wegen ihres Berliner Sitzes während der deutschen Teilung über Jahrzehnte nicht als Bundesbehörde geführt werden können. Jetzt werde diese Situation bereinigt und die Dienststelle in das Bundesarchiv überführt. Es gehe eigentlich nur um einen technischen Schritt.

Die Aufgaben der Dienststelle seien nicht weggefallen, die Fortführung der Auskunftsstelle sei wichtig. Im Bundesarchiv könnten künftig Akten und Archivalien aus verschiedenen Beständen genutzt werden.

Die **Fraktion der SPD** betonte ebenfalls, dass die Überführung der Wehrmachtsauskunftsstelle in das Bundesarchiv sinnvoll sei. Schon die Raumsituation spreche dafür. Zurzeit sei die Deutsche Dienststelle (WASSt) in ungeeigneten Räumlichkeiten untergebracht, für das Bundesarchiv werde dagegen neu gebaut und die Auskunftsstelle in die Baupläne integriert.

Besonders wichtig sei für die SPD-Fraktion die Situation des Personals. Rund ein Drittel der Beschäftigten verschlechtere sich, wenn die für den Bund und das Land geltenden Tarifverträge aufeinandertreffen. Viele von ihnen würden ohnehin in niedrigen Einkommensgruppen geführt oder seien schon lebensälter. Wichtig sei daher, dass der Dienstherr für eine ordentliche Eingliederung sorgt. Die Fraktion habe sich bereits an die Bundesregierung gewandt, um eine befriedigende Lösung zu erreichen.

Die **Fraktion der AfD** stellte Einigkeit zwischen Regierung und Opposition fest. Tatsächlich werde lediglich ein technischer Vorgang vollzogen. Die Deutsche Dienststelle (WASSt) sei vor allem als Folge der deutschen Teilung beim Land Berlin angesiedelt, es sei logisch und hoch an der Zeit, sie in das Bundesarchiv zu überführen.

Kritisch anzumerken bleibe, dass die Überführung so spät erfolge. Spätestens nach dem Ende der deutschen Teilung hätte sie vollzogen werden müssen. Für schnelleres Handeln hätte nicht zuletzt gesprochen, dass wichtige Behörden keinesfalls beim Land Berlin angesiedelt sein sollten, schließlich leisteten sich Berliner Behörden seit Jahren viele Schlampereien. Als Beispiele seien der Flughafen BER oder Scheinehen anzuführen, die die Berliner Ausländerbehörde offenbar ignoriert habe.

Die **Fraktion der FDP** urteilte, die Entscheidung, die Deutsche Dienststelle (WASSt) in das Bundesarchiv zu überführen, sei richtig und sachgerecht. Vielleicht hätte diese Entscheidung schon vor 20 Jahren getroffen werden können, jetzt sei sie getroffen, und die FDP-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE** signalisierte ebenfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf. Das Archiv der Wehrmatsauskunftsstelle verwahre ausgesprochen wichtige historische Dokumente aus der Kriegs- und Nachkriegszeit und sei als Auskunftsstelle für Betroffene und Angehörige von hoher Bedeutung. Die Deutsche Dienststelle erledige eine Aufgabe des Bundes, die Integration in das Bundesarchiv sei daher folgerichtig.

Besonders interessiere, welche Folgen die Überführung in das Bundesarchiv für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Um Nachteile für das Personal zu verhindern, dringe die Fraktion darauf, allen Beschäftigten eine übertarifliche Zulage zu zahlen, wenn sie sich bei der Überführung tariflich verschlechtern würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bewertete den Übergang der Aufgaben der Deutschen Dienststelle (WASSt) auf das Bundesarchiv gleichfalls als sachlich richtig. Kritisch anzumerken bleibe, dass der Gesetzentwurf ungenau formuliert sei. Ziel müsse sein, auch privaten Einzelpersonen, die Auskünfte einholen wollten, niedrigschwellige Zugangsbedingungen anzubieten. Das Bundesarchiv habe bisher eher hohe Hürden errichtet.

Positiv sei, dass alle Beschäftigten in das Bundesarchiv übernommen würden, für tarifliche Nachteile müsse allerdings unbedingt eine Lösung gefunden werden. Die Zahl der Auskunftersuchen bei der Deutschen Dienststelle (WASSt) sei gleichbleibend hoch. Nationalsozialistische Verbrechen behielten offenbar weiter Relevanz, jeder Schlussstrich-Debatte fehle die Grundlage.

Berlin, den 27. Juni 2018

Ansgar Heveling
Berichtersteller

Marianne Schieder
Berichterstellerin

Dr. Marc Jongen
Berichtersteller

Thomas Hacker
Berichtersteller

Brigitte Freihold
Berichterstellerin

Erhard Grundl
Berichtersteller